V0480/26

Kommunales Resilienz- und Frühwarnkonzept für den wirtschaftlichen Strukturwandel in Ingolstadt
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.07.2026-

die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat ein kommunales Resilienz- und Frühwarnkonzept für den wirtschaftlichen Strukturwandel in Ingolstadt vorzulegen.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte dargestellt werden:
- wie die Stadt Ingolstadt auf den bereits angestoßenen Initiativen zur Unternehmensentlastung, zum Bürokratieabbau und zur strategischen Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung aufbauen und daraus ein abgestimmtes Vorsorgekonzept entwickeln kann,
- wie für unterschiedliche Entwicklungsszenarien im automobilnahen Bereich Handlungsoptionen vorbereitet werden können,
- wie bestehende Instrumente und Partner – insbesondere IFG Ingolstadt, Bundesagentur für Arbeit Ingolstadt, transform.10, THI, KU Eichstätt-Ingolstadt, IHK und HWK – in eine koordinierte Reaktionskette eingebunden werden können,
- welche Frühindikatoren regelmäßig berichtet werden sollen, damit der Stadtrat Risiken früher erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen rechtzeitig einleiten kann.

Stadtrat	29.07.2026	Entscheidung

Die verschiedenen Anträge der Fraktionen und die Stellungnahme der Verwaltung V0489/26 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat vom 29.07.2026

Rede des Oberbürgermeisters zur Sonderbefassung Wirtschaft

„Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben uns heute vorgenommen, die wirtschaftliche Situation Ingolstadts wie auch die Potenziale in einer Sonderbefassung im Stadtrat gemeinsam und ausführlich zu diskutieren. Es ist nicht das erste und sicherlich auch nicht das letzte Mal, dass sich der Ingolstädter Stadtrat mit den Themen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik grundsätzlich befassen wird. Und dennoch ist es wichtig, dass wir gerade jetzt einen Fokus auf unseren Wirtschaftsstandort legen.

Ingolstadt ist eine Mobilitätsstadt und die Autoindustrie wie auch zahlreiche Dienstleister und Zulieferer sind seit Jahrzehnten Garanten für Wohlstand und gute Arbeitsplätze.
Fakt ist aber auch, dass die Automobilbranche eine tiefgreifende Transformation durchlebt. In den letzten Tagen konnten wir teils drastische Überschriften lesen, was das für unser Autoland bedeuten könnte. Und ich gebe zu, dass die eine oder andere Nachricht, mir große Sorgen bereitet.

Dazu kommt, dass die Branche extrem von den aktuellen makro-ökonomischen Verwerfungen betroffen ist.
Dies hat Auswirkungen auf unsere Stadt. Erst vor wenigen Wochen attestierte eine PROGNOS-Studie, dass keine Region in Bayern so von Exporten abhängig ist wie Ingolstadt. Wenn Kriege und Konflikte vermeintlich weit weg geführt, wenn ferne Lieferketten unterbrochen und neue Zölle und Handelshemmnisse hochgezogen werden, merken wir das mittelbar auch hier bei uns. Wir spüren die Auswirkungen nicht zuletzt auch in den drastisch gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen und in deren Folge, in einer sehr schwierigen kommunalen Haushaltslage.

Daher ist für diese Grundsatzdebatte jetzt der richtige Zeitpunkt. Denn wir reagieren nicht nur auf tiefgreifende wirtschaftliche Veränderungen. Wir stellen zugleich unsere Wirtschaftsförderung im September organisatorisch neu auf. Mit der Bündelung der Aufgaben bei der IFG schaffen wir die Voraussetzungen, Strategie und operative Wirtschaftsförderung künftig noch enger miteinander zu verzahnen. Wir machen sie schlagkräftiger.
Diese Neuaufstellung wollen wir nutzen, um den wirtschaftspolitischen Kurs unserer Stadt gemeinsam weiterzuentwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,
als eine erste Antwort auf die aktuelle Haushaltssituation unserer Stadt habe ich im Oktober vergangenen Jahres im Stadtrat das Leitbild „Ingolstadt – zukunftsfest 2030“ vorgestellt. Neben umfassender Konsolidierung und anderen Aspekten ist ein zentraler Auftrag unseres Handelns, unseren Wirtschaftsstandort weiter zu stärken und zukunftsweisende Impulse zu setzen.
Dabei kann es natürlich nicht darum gehen, einen Global Player mit fast 40.000 Arbeitsplätzen in Ingolstadt ersetzen zu wollen. Wer diesen Eindruck erweckt, wird der Realität nicht gerecht. Es gehört zur Ehrlichkeit dieser Debatte, auch die Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik zu benennen. Wir können die Entwicklungen auf den Weltmärkten nicht steuern, noch Unternehmen dazu zwingen, sich in Ingolstadt anzusiedeln oder hier zu investieren. Und wir können Ansiedlungen auch nicht mit Steuernachlässen oder Grundstücken zu Schleuderpreisen erkaufen.
Aber wir können die Rahmenbedingungen und Anreize dafür schaffen, dass unser Wirtschaftsstandort möglichst stark und wettbewerbsfähig bleibt.

- *Es geht darum, bestehende Firmen – egal ob groß oder klein – zu unterstützen, gerade wenn sie expandieren wollen, und ihnen ein ideales Umfeld zu bieten. Das bedeutet Infrastruktur, aber auch eine Arbeitnehmer- und Familien-freundliche Umgebung.*
- *Es geht darum, unsere Leuchttürme und Potenziale zu vernetzen und zu fördern. Und da haben wir mit den zwei Hochschulen, mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Startups einiges zu bieten.*
- *Es geht darum, Raum und Starthilfe für neue Ideen und Innovationen zu schaffen. Orte, an denen sich neue Firmen und Branchen ansiedeln und gedeihen können.*

Und ich bin davon überzeugt, dass wir bei der ganzen Debatte nicht den Fehler machen dürfen, zu einseitig zu denken.

Ingolstadts Wirtschaft ist vielseitig.
Ingolstadt kann Hightech, Hochschule und Handwerk.
Und das gilt es gleichermaßen zu fördern.

Genau diese Bandbreite ist eine unserer größten Stärken. Und genau deshalb muss sie sich auch in unserer Wirtschaftspolitik widerspiegeln.

Aus diesem Verständnis leiten sich auch die Schwerpunkte unseres bisherigen wirtschaftspolitischen Handelns ab.
Vieles wird bereits gemacht, hat sich bewährt, aber muss hier und da vielleicht auch nachgeschärft werden. Dazu gehören aus meiner Sicht folgende drei Leitlinien unserer Wirtschaftspolitik:

Erstens muss die Stadt ein verlässlicher Partner der Wirtschaft sein.
Die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandorts bleibt weiter höchste Priorität, Und wir alle können dazu beitragen, dass Unternehmen gute Rahmenbedingungen vorfinden. Dazu gehören eine moderne und digitale Verwaltung, zügige und verlässliche Genehmigungsverfahren sowie ein enger Dialog mit Unternehmen.
Lassen Sie uns Ingolstadt zur wirtschaftsfreundlichsten Kommune Bayerns weiterentwickeln! Ich bin davon überzeugt, dass uns dies gelingen kann und wir haben das in den vergangenen Jahren mehrfach bewiesen. Ob bei der Ansiedlung des IKEA-Flagship-Stores, bei den Studentenwohnheimen in der Goldknopfgasse und in der Lutzstraße 21, beim Seniorenpark im Süden oder bei der Bauvoranfrage für das Logistikzentrum von Amazon – überall dort, wo die Voraussetzungen vorlagen, konnten die Verfahren in bemerkenswert kurzer Zeit abgeschlossen werden. Dafür hat die Verwaltung ausdrücklich Anerkennung aus der Wirtschaft erhalten.
Digitalisierung: Wir haben 2.366 online verfügbare digitale Verwaltungsleistungen, damit ist Ingolstadt unter den TOP 3 der deutschen Landkreise und Kommunen [Quelle: Dashboard Digitale Verwaltung, Stand: Juli 2026]. Diese digitalen Angebote wollen wir mit Fokus auf die Unternehmen verstärkt ausbauen.
Diesen Weg als wirtschaftsfreundliche Verwaltung will ich konsequent weitergehen. Wir wollen in der Verwaltung verlässlich, lösungsorientiert und zügig arbeiten.
Auch der Frage, wo uns und die Unternehmen unnötige Bürokratie behindert, gehen wir im Rahmen der bayerischen Initiative als Modellregion zur Entbürokratisierung nach. Hierzu sind wir im Austausch mit der Wirtschaft, um konkrete Vorschläge für einfachere Verfahren und verzichtbare Regelungen zu erarbeiten. Daran beteiligen wir uns aktiv!

Zu einer verlässlichen Partnerschaft gehört auch der kontinuierliche Dialog. Ich habe bei Amtsantritt gesagt, dass für mich Wirtschaft absolute Priorität hat. Seitdem bin ich im regelmäßigen Austausch mit Unternehmen, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Gewerkschaften, den Hochschulen und weiteren Akteuren der Wirtschaft.
Nur wenn wir weiterhin frühzeitig und vertrauensvoll auf Augenhöhe mit menschlicher Wertschätzung miteinander sprechen, können wir Herausforderungen gemeinsam erkennen und Lösungen entwickeln.
Dazu gehört für mich auch, bestehende Netzwerke weiter auszubauen und neue Begegnungsformate zu schaffen. Ich kann mir deshalb gut vorstellen, künftig regelmäßig zu einem Wirtschaftsempfang der Stadt einzuladen, um den Austausch zwischen Unternehmen, Wissenschaft, Kammern, Verbänden und Politik weiter zu stärken.

Zweitens müssen wir unseren Wirtschaftsstandort konsequent weiterentwickeln.
Unternehmen investieren dort, wo Menschen gerne leben, arbeiten und studieren. Deshalb gehören eine leistungsfähige Infrastruktur, attraktives Wohnen, gute Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten sowie starke Hochschulen unmittelbar zu einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Wirtschaftsförderung endet nicht am Tor eines Gewerbegebiets – sie

umfasst den gesamten Lebens- und Arbeitsstandort. Auch mit unseren begrenzten Mitteln investieren wir zielgerichtet in gute Schulen, Straßen und einen attraktiven Standort.

Darüber brauchen Unternehmen – egal ob hiesige oder neue – natürlich Perspektiven zur Entwicklung. Mit neuen Gewerbeflächen, wie wir sie etwa an der Manchinger Straße oder im Weiherfeld Süd entwickeln, schaffen wir die Voraussetzungen für künftige Investitionen und weiteres Wachstum. Gleichzeitig verfügen wir mit dem IN-Campus über eine bereits erschlossene Entwicklungsfläche mit großem Zukunftspotenzial. Solche Flächen lassen sich nicht immer kurzfristig vermarkten. Aber sie sind wichtige Voraussetzungen für künftige Ansiedlungen.
Ich habe erst letzte Woche mit der Firma gesprochen, die den Handwerkerhof errichtet. Die Resonanz aus der Wirtschaft ist vielversprechend, bereits im kommenden Jahr sollen die ersten Firmen einziehen können. Das sind konkrete und gute Nachrichten für Ingolstadt.

Drittens müssen wir unsere wirtschaftlichen Stärken sichern und Innovationen ermöglichen. Die Transformation unserer Wirtschaft läuft seit Jahren. Gerade unsere Industrie und viele mittelständische Unternehmen sind mit tiefgreifenden Veränderungen konfrontiert. Wir begleiten diesen Wandel aktiv und schaffen die Voraussetzungen, dass Unternehmen auch künftig erfolgreich in Ingolstadt investieren, produzieren und Arbeitsplätze sichern können. Deshalb unterstützen wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Transformation – etwa mit transform.10, das Betriebe auf ihrem Weg in neue Technologien und Geschäftsmodelle begleitet und dessen Anschlussförderung in Höhe von 2,4 Mio. Euro die IFG erfolgreich akquirieren konnte.

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht auch gute Ideengeber und Ideenkatalysatoren.

Das Ziel ist es, den Wirtschaftsstandort innovativer, zukunftsfester und resilienter aufzustellen.

Wir werden daher den Branchenmix weiter differenzieren.

Mit unseren beiden Hochschulen, gemeinsam geschaffenen Stiftungsprofessuren und Forschungseinrichtungen wie dem Zentrum für Künstliche Intelligenz AININ verfügen wir über sehr gute Voraussetzungen, wissenschaftliche Erkenntnisse in Innovationen, Unternehmensgründungen und neue Wertschöpfung zu überführen.

Mit dem digitalen Gründerzentrum brigk, dem CongressCentrum, dem Handwerkerhof, dem Zentrum für Kreativ- und Kulturwirtschaft und anderen Projekten sind in den vergangenen Jahren vielversprechende Initiativen auf den Weg gebracht worden. Auch wenn sich ihr langfristiger Erfolg heute noch nicht abschließend beurteilen lässt, sind sie wichtige Bausteine, um neue Entwicklungen anzustoßen.
Ich bin davon überzeugt, dass wir davon mehr brauchen.

Gleichzeitig muss gut überlegt sein, was zu Ingolstadt passt und erfolgsversprechend ist. Investitionen nach dem Gießkannenprinzip können wir uns – im wahrsten Sinn des Wortes – nicht leisten. Dafür fehlt uns der finanzielle Spielraum. Dafür setzt uns die vorläufige Haushaltsführung sehr enge Grenzen.

Gerade deshalb kommt es darauf an, unsere Kräfte vorausschauend zu bündeln.

Wir müssen uns fragen: Wo liegen unsere größten Potenziale? Wo sehen wir aussichtreiche Marktnischen? Wo haben wir starke Partner in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, mit denen wir gemeinsam neue Entwicklungen vorantreiben können?
Genau diese Fragen haben wir in den vergangenen Monaten intensiv diskutiert, gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden, Forschungseinrichtungen, und Gewerkschaften.

Die Gespräche haben gezeigt: Trotz aller Herausforderungen blicken viele mit Zuversicht auf unseren Wirtschaftsstandort. Ingolstadt verfügt über große Stärken – und vor allem über viele Menschen, die bereit sind, seine Zukunft aktiv mitzugestalten.

Es passt deshalb gut, dass wir die Wirtschaftsförderung zum Herbst organisatorisch neu aufstellen.

Ich habe bereits unseren Wirtschaftsreferenten Prof. Dr. Rosenfeld beauftragt, die Wirtschaftsstrategie für Ingolstadt zu überarbeiten.
Im Anschluss wird Herr Rosenfeld nicht nur darstellen, welche Aktivitäten es bereits gibt, sondern auch erste strategische Grundzüge hierfür skizzieren.

Eine weiterentwickelte Wirtschaftsstrategie hilft uns, Priotitäten zu setzen, Kräfte zu bündeln und unsere knappen Mittel dort einzusetzen, wo sie die größte Wirkung entfalten. Sie baut auf Stärken und erfolgreichen Ansätzen auf und bezieht auch die zahlreichen Stadtratsanträge zu diesem Themenkomplex in die Abwägung mit ein.
Wir werden sie dann noch in diesem Jahr im Stadtrat vorstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich bin mir sicher, dass wir heute in der Debatte feststellen werden, dass wir alle das gleiche Ziel für Ingolstadt verfolgen.
Entscheidend wird nun sein, aus diesem gemeinsamen Ziel konkrete strategische Ableitungen und weitere realistische Umsetzungsschritte zu entwickeln.
Dabei ist es mir wichtig, Ingolstadt und seine Potenziale, seine Unternehmensstruktur und seine Forschungs-, Entwicklungs- und Schullandschaft gesamtheitlich zu betrachten.
Wie ich bereits gesagt habe: Ingolstadt kann Hightech, Hochschule und Handwerk.
Von Dienstleistungen, Handwerk und Gewerbe über Mittelstand und industriellen Produktion bis hin zu Tech- und Kreativwirtschaft – lassen Sie uns nichts auslassen.
Es gilt auf den Prüfstand zu stellen, was hilft, (1) unseren Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen, (2) die Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Unternehmen zu stärken und (3) unsere Wirtschaft weiter zu diversifizieren und dadurch innovativer und resilienter aufzustellen.
Dabei geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Und auch die heutige Debatte soll in diesen Prozess einfließen. Das ist wichtig!

Meine Damen und Herren,
die Herausforderungen, die vor uns liegen, werden nicht von heute auf morgen verschwinden. Die Transformation der Industrie, geopolitische Unsicherheiten und der internationale Wettbewerb werden uns noch viele Jahre begleiten.
Und auch die Diskussion, wie wir uns als Stadt immer wieder neu und zeitgemäß aufstellen.
Eines ist mir dabei aber wichtig zu betonen:
Ingolstadt ist ein starker Wirtschaftsstandort. Wir haben leistungsfähige Unternehmen, einen innovativen Mittelstand, ein engagiertes Handwerk und exzellente Hochschulen. Vor allem aber haben wir hier Menschen, die mit Ideen, Unternehmergeist und Tatkraft Verantwortung übernehmen.
Wir haben Anlass zu Optimismus und Zuversicht.

Wir haben sicherlich unsere Hausaufgaben zu machen.
Aber lassen Sie uns unseren Wirtschaftsstandort und unsere Stadt nicht schlecht reden.
Wir haben hervorragende Voraussetzungen und damit wollen wir auch – regional wie auch international – für unsere Stadt werben.
Lassen Sie uns heute gemeinsam diskutieren und dann gemeinsam anpacken für unser Ingolstadt!

Vielen Dank.“

Im Anschluss an die Rede des Oberbürgermeisters folgt ein Vortrag des Wirtschaftsreferenten. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld freue sich, dass das Thema Wirtschaft in seiner letzten Stadtratssitzung als berufsmäßiger Stadtrat eine zentrale Rolle spiele. Die Vielzahl der eingereichten Anträge zeige aus seiner Sicht den gemeinsamen politischen Willen, die wirtschaftliche Entwicklung Ingolstadts aktiv anzugehen. Er stelle daher einen Rahmen vor, der die Aufgaben der IFG, die wirtschaftliche Ausgangslage und mögliche strategische Handlungsfelder zusammenfasse.
Er erläutert, die IFG arbeite schwerpunktmäßig in den Bereichen Gewerbeflächenentwicklung, Standortmarketing, Unternehmensservice, Gründungsförderung, Innovations- und Wissenschaftsförderung, Fachkräftesicherung sowie Tourismus. Besonders bei Gewerbeflächen seien in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden. Während 2019 kaum vermarktbare Flächen vorhanden gewesen seien, verfüge die Stadt inzwischen über ein deutlich größeres Flächenpotenzial für zukünftige Ansiedlungen.
Zur wirtschaftlichen Lage führt er aus, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Ingolstadt gehe seit einigen Jahren zurück und werde voraussichtlich weiter sinken. Gleichzeitig sei die Zahl der Beschäftigten mit Wohnsitz in Ingolstadt deutlich stabiler, was die Bedeutung der Standort- und Lebensqualität unterstreiche. Die Stadt müsse sich deshalb auf verschiedene Entwicklungsszenarien einstellen und ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen datenbasiert ausrichten.
Als Grundlage einer zukünftigen Wirtschaftsstrategie schlägt er einen Acht-Punkte-Plan vor. Dazu gehörten die Priorisierung der Wirtschaftspolitik, ein enger Schulterschluss mit den führenden Unternehmen, die Unterstützung durch den Freistaat Bayern, die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, ein städtisches Zukunftsinvestitionsprogramm, eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung, eine enge Vernetzung mit der Region 10 und der Metropolregion München sowie ein kontinuierliches datenbasiertes Wirtschaftsmonitoring. Besonders betont er, dass Diversifizierung notwendig sei, eine einzelne neue Leitbranche jedoch die Bedeutung der Automobilindustrie nicht ersetzen könne. Deshalb müsse die Stadt auf mehrere Zukunftsbranchen gleichzeitig setzen, darunter Robotik, autonome Systeme, Medizintechnik, Energietechnik, Kreislaufwirtschaft sowie Sicherheits- und Verteidigungstechnologien. Gleichzeitig müsse die bestehende Automotive-Kompetenz weiterentwickelt werden.
Abschließend erklärt er, Wirtschaftspolitik sei keine alleinige Aufgabe der IFG, sondern eine gemeinsame Verantwortung von Stadtspitze, Stadtrat und Verwaltung im Schulterschluss mit Unternehmen und Wissenschaft. Sein Vortrag solle als Anstoß für die weitere strategische Arbeit dienen, um bis zum Jahresende eine gemeinsame wirtschaftspolitische Perspektive für den Standort Ingolstadt zu entwickeln.

Stadtrat Hofmann betont, dass alle Fraktionen das gemeinsame Ziel verbinde, Arbeitsplätze in Ingolstadt zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Aus seiner Sicht werde jedoch zu häufig diskutiert, geprüft und auf Zuständigkeiten verwiesen, während konkrete Entscheidungen ausblieben. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten stattdessen sichtbare Perspektiven und klare Zukunftssignale.
Er schildert, viele Menschen hätten derzeit den Eindruck, ständig mit höheren Gebühren und Belastungen konfrontiert zu werden. Deshalb müsse die Stadt wieder stärker investieren und Zukunftsprojekte voranbringen. Der CSU-Antrag verfolge genau dieses Ziel. Das geplante Technologietransferzentrum für Künstliche Intelligenz und humanoide Robotik sei eine Investition in die wirtschaftliche Zukunft der Stadt. Dabei gehe es nicht um ein reines Forschungsprojekt, sondern um eine Einrichtung, die Wissenschaft, Unternehmen und Mittelstand zusammenbringe und Innovationen direkt in die Wirtschaft transferiere. Er verweist darauf, dass bereits Gespräche mit der THI, der IHK, Audi und weiteren Unternehmen stattgefunden hätten und dort grundsätzlich Unterstützung signalisiert worden sei. Daher wirbt er für eine Zustimmung zum Antrag.

Stadtrat Witty berichtet, dass ihm besonders positiv aufgefallen sei, dass Prof. Dr. Rosenfeld nicht lediglich ein einzelnes Großprojekt hervorgehoben habe, sondern ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgestellt habe. Wirtschaftsförderung dürfe seiner Auffassung nach nicht auf einzelne Prestigeprojekte reduziert werden, sondern müsse als dauerhafte Querschnittsaufgabe verstanden werden.
Er nennt drei wesentliche Stärken des Standorts Ingolstadt. Zum einen liege die Stadt verkehrsgünstig im Zentrum Bayerns. Zum anderen verfüge sie über einen vergleichsweise niedrigen Gewerbesteuerhebesatz. Drittens bilde die Hochschullandschaft mit THI und KU ein starkes wirtschaftliches Fundament.
Anschließend benennt er drei Schwachstellen. Die Entwicklung von Gewerbeflächen verlaufe aus seiner Sicht oftmals zu langsam. Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren müssten beschleunigt werden. Zudem müsse die Verwaltung von Unternehmen stärker als Unterstützer und Partner wahrgenommen werden. Die Stadt müsse als „Kümmerer“ auftreten.
Zum vorgeschlagenen Technologietransferzentrum erklärt er, dass seine Fraktion dieses grundsätzlich unterstütze. Voraussetzung sei jedoch ein tragfähiges Konzept, das nachweise, dass das Projekt tatsächlich einen nachhaltigen Nutzen für Ingolstadt bringe. Insgesamt hält er es für wichtig, dass die heutige Diskussion den Startpunkt für weitere konkrete Maßnahmen bildet.

Stadtrat Schlagbauer begrüßt die Entscheidung, die Debatte bereits heute zu führen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen steht die Lage der Automobilindustrie und insbesondere die Situation von Audi.
Er erklärt, dass die Branche sich derzeit im größten Umbruch seit der Erfindung des Automobils befinde. Die aktuellen Herausforderungen seien nicht mit früheren Krisen vergleichbar. Während frühere Probleme meist vorübergehender Natur gewesen seien, handele es sich nun um einen dauerhaften Strukturwandel. Elektrifizierung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, neue Wettbewerber und geopolitische Veränderungen würden die gesamte Automobilindustrie neu ordnen.
Besonders kritisch bewertet er die Entwicklungen in China. Dort würden zahlreiche neue Hersteller entstehen, die massiv staatlich gefördert würden und enorme Produktionskapazitäten aufgebaut hätten. Gleichzeitig würden die USA durch ihre Industriepolitik und Zollpolitik neue Wettbewerbsbedingungen schaffen. Audi stehe dadurch unter erheblichem Druck.

Die entscheidende Frage für Ingolstadt laute deshalb, welche Wertschöpfung und welche Arbeitsplätze in zehn oder fünfzehn Jahren noch am Standort vorhanden seien. Um die wirtschaftliche Grundlage der Stadt zu erhalten, müsse Ingolstadt neue Geschäftsmodelle, neue Technologien und neue Zukunftsbranchen erschließen. Die von Prof. Dr. Rosenfeld genannten Bereiche wie Robotik, Kreislaufwirtschaft, Batterietechnologie und Künstliche Intelligenz seien deshalb wichtige Zukunftsfelder. Dabei reiche es jedoch nicht aus, Konzepte aufzuschreiben. Es müssten konkrete Projekte umgesetzt werden.

Stadtrat Schäuble bedankt sich für die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Herausforderungen. Er stellt fest, dass die meisten Themen nicht neu seien und bereits seit Jahren in der IFG diskutiert würden. Dies zeige aus seiner Sicht, dass die Wirtschaftsförderung inhaltlich bereits auf einem richtigen Weg sei.
Er betont, dass Wirtschaft nicht staatlich gesteuert werden könne. Die Kommune könne jedoch unterstützende Rahmenbedingungen schaffen. Dazu zählten Bildungsangebote, Weiterbildungsmaßnahmen, Gewerbeflächen, Digitalisierung und eine funktionierende Verwaltung.
Stadtrat Schäuble verweist auf frühere Anträge seiner Fraktion zur Förderung von Umschulungen und Zukunftstechnologien. Außerdem erinnert er daran, dass die Förderung der Verteidigungsindustrie bereits vor längerer Zeit beantragt worden sei.
Er nennt als Beispiele erfolgreiche Wirtschaftsstandorte wie Heilbronn und Tübingen. Dort seien Wirtschaftsunternehmen selbst die treibende Kraft gewesen und hätten gemeinsam mit Hochschulen und Kommunen Zukunftsstrategien entwickelt. Deshalb schlägt er vor, als nächsten Schritt Vertreter der regionalen Wirtschaft direkt in die weiteren Beratungen einzubeziehen und gemeinsam mit ihnen konkrete Strategien zu entwickeln.

Stadträtin Argus sagt, dass ihre Fraktion die vom Wirtschaftsreferat formulierten acht Handlungsfelder grundsätzlich unterstütze. Sie begrüßt insbesondere die Idee eines strukturierten Maßnahmenplans. Gleichzeitig betont sie, dass ein Maßnahmenkatalog allein nicht ausreiche. Ihrer Ansicht nach brauche Ingolstadt zusätzlich eine langfristige und politisch abgestimmte Strategie, die über einzelne Projekte hinausgehe. Aus dieser Strategie müssten dann die konkreten Maßnahmen abgeleitet werden.
Besonders wichtig sei, dass sich die Stadt auf ihre vorhandenen Stärken konzentriere. Dazu zählt sie Robotik, industrielle Kreislaufwirtschaft und die günstige geografische Lage. Ebenso müsse die Infrastruktur stärker berücksichtigt werden, etwa Energieversorgung, Speicherlösungen und erneuerbare Energien.
Stadträtin Argus erkundigt sich, was genau unter „wirtschaftsfreundlichster Kommune Bayerns“ zu verstehen sei.
Kritisch sieht sie die Formulierung „Economy first“ beziehungsweise die Priorisierung wirtschaftlicher Themen. Das könne zu unnötigen Grundsatzdiskussionen führen. Beim Technologietransferzentrum unterstützt sie die Zielrichtung ausdrücklich, lehnt jedoch eine unmittelbare finanzielle Zusage ohne detaillierte Entscheidungsgrundlage ab. Zunächst müsse Klarheit über Kosten, Finanzierungsbedarf und tatsächliche Umsetzungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass der Begriff „wirtschaftsfreundlichste Kommune Bayerns“ vor allem als Haltung und Zielsetzung verstanden werden solle. Es gehe darum, Entscheidungen wirtschaftsfreundlich auszurichten und bürokratische Hürden zu reduzieren. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass zur Zukunftsfähigkeit Ingolstadts nicht nur technische, sondern auch geisteswissenschaftliche und medizinische Kompetenzen gehörten. Deshalb müsse die Hochschullandschaft breiter aufgestellt werden, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Widerstandskraft des Standorts zu erhöhen.

Stadtrat Diao informiert, dass auch seine Fraktion die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur für notwendig halte. Die starke Abhängigkeit von einer einzigen Branche habe die aktuellen Probleme deutlich gemacht.
Gleichzeitig äußert er Zweifel daran, ob die starke Fokussierung auf Robotik und akademische Arbeitsplätze der richtige Weg sei. Robotik bedeute häufig Automatisierung und könne daher Arbeitsplätze ersetzen. Deshalb müsse man die sozialen Folgen solcher Entwicklungen stärker berücksichtigen.
Außerdem kritisiert er, dass bislang kaum über Klimaschutz, Nachhaltigkeit und andere weiche Standortfaktoren gesprochen worden sei. Eine langfristige Wirtschaftsstrategie müsse diese Aspekte unbedingt einbeziehen. Aus seiner Sicht werde die Diskussion derzeit zu stark aus der Perspektive privilegierter Bevölkerungsgruppen geführt.

Stadtrat Dr. Lösel spricht ausdrücklich als Vertreter der Technischen Hochschule Ingolstadt und möchte anhand einer Präsentation kurzfristig Informationen geben.
Er weist zunächst darauf hin, dass in Bayern bereits zahlreiche Arbeitsplätze aus der Industrie ins Ausland verlagert worden seien. Ziel neuer Technologien müsse es deshalb sein, Arbeitsplätze langfristig zu sichern.
Dazu erläutert er anschließend die Bedeutung humanoider Robotik. Diese könne in vielen Bereichen eingesetzt werden, unter anderem in der Produktion, der Logistik, der Kreislaufwirtschaft oder beim Recycling. Gerade für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit werde Robotik zunehmend entscheidend.
Er legt dar, dass bereits zahlreiche Unternehmen aus der Region ihre Unterstützung signalisiert hätten. Außerdem sei die THI bereit, umfangreiche Eigenleistungen einzubringen, beispielsweise Labore, Rechenkapazitäten, Personal und technologische Infrastruktur.
Er weist zudem auf die aktuelle Förderlinie des Bundes hin, deren Frist bald endet. Deshalb sei ein zeitnahes Signal des Stadtrats wichtig. Nach seiner Einschätzung könne das geplante Zentrum erhebliche Fördermittel nach Ingolstadt holen und den Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken.

Stadtrat Witty lobt die inhaltlichen Ausführungen von Dr. Lösel. Gleichzeitig merkt er an, dass Präsentationen externer Akteure künftig vorab angekündigt werden sollten. Die Unterschiede zwischen politischen Positionen und den Interessen externer Institutionen müssten für den Stadtrat klar erkennbar bleiben.

Stadtrat Lipp erklärt, die heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien letztlich die Folge wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen auf Bundes- und Europaebene. Hohe Steuern, hohe Energiekosten und zu viel Bürokratie belasteten Unternehmen erheblich.
Er fordert deshalb ein grundsätzliches Umdenken. Ingolstadt müsse seine Standortattraktivität durch niedrigere Belastungen und bessere Rahmenbedingungen erhöhen. Zudem regt er an, über innovative Instrumente wie Reallabore und Bürokratieabbauzonen nachzudenken.
Außerdem mahnt er an, Investitionen stärker auf wirtschaftliche Rendite auszurichten. Schulden seien vertretbar, wenn sie in wirtschaftliche Entwicklungen investiert würden, die später höhere Einnahmen ermöglichten. Konsumtive Ausgaben allein würden die Probleme der Stadt nicht lösen.
Er hätte gerne eine Information über ausländische Investitionen in Ingolstadt und wie sich die Arbeitsplätze der TOP 100 Gewerbesteuerzahler entwickelt haben.

Stadtrat Stachel begrüßt die Debatte ausdrücklich und bewertet sie als wichtigen Denkanstoß für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Die vielen Anträge aus

unterschiedlichen Fraktionen zeigten, dass das Thema inzwischen eine hohe Bedeutung habe.
Er betont, dass Wirtschaftsförderung keine Aufgabe eines einzelnen Referats sei, sondern eine Querschnittsaufgabe für Politik, Verwaltung und Stadtspitze. Die wirtschaftliche Zukunft müsse bei allen wichtigen Entscheidungen mitgedacht werden.
Wichtig seien insbesondere ausreichend Gewerbeflächen, beschleunigte Verfahren und eine intensive Unterstützung der Unternehmen. Darüber hinaus unterstützt er Investitionen in Zukunftsprojekte wie das geplante Robotikzentrum.
Er sei dennoch davon überzeugt, dass die Auflösung des Wirtschaftsreferats der richtige Weg sei. In diesem Zuge kritisiert er erneut die geplante Schaffung eines Umweltreferats. Abschließend kritisiert er den Ablauf der Sitzungsvorbereitung und die Bereitstellung der Unterlagen.

Stadtrat Köstler erklärt, dass die Vorlage erst sehr kurzfristig vorgelegen hätte. Deshalb sei eine gründliche Analyse nicht möglich gewesen und somit auch keine Beschlussfassung. Inhaltlich lehnt er Formulierungen ab, die Wirtschaft über andere Ziele stellten. Aus seiner Sicht müsse die Lebensqualität der Menschen im Mittelpunkt stehen. Wirtschaft sei ein wichtiges Mittel, aber kein Selbstzweck.
Er fordert, Themen wie Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Kulturwirtschaft, Gesundheit und Pflege stärker zu berücksichtigen. Dort lägen ebenfalls große Beschäftigungs- und Entwicklungspotenziale.
Das Technologietransferzentrum bewertet er grundsätzlich positiv. Eine finanzielle Zusage in der vorgeschlagenen Höhe lehnt er jedoch zum jetzigen Zeitpunkt ab, da dafür noch keine ausreichende Entscheidungsgrundlage vorliege. Er versteht die heutige Debatte deshalb vor allem als Auftakt für weitere Beratungen.

Der Oberbürgermeister dankt Herrn Köstler für dessen Beitrag und stellt klar, dass die vorgestellte Wirtschaftsstrategie bewusst offen angelegt sei. Sie solle sich nicht auf einzelne Branchen beschränken, sondern verschiedene Zukunftsfelder berücksichtigen. Dazu gehörten insbesondere Hightech-Bereiche, aber auch die Kreislaufwirtschaft, die ausdrücklich Bestandteil der Überlegungen sei. Gleichzeitig betont er, dass Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit und Lebensqualität wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung seien. Eine wirtschaftlich starke Stadt müsse auch eine lebenswerte Stadt bleiben. Der heutige Schwerpunkt liege zwar auf wirtschaftlichen Fragen, die Gesamtstrategie werde jedoch weiterhin ganzheitlich betrachtet.

Stadtrat Grob hebt hervor, dass die Diskussion überfällig gewesen sei und breite Zustimmung über die Notwendigkeit wirtschaftlicher Impulse bestehe. Er argumentiert, Investitionen in Technologie und Forschung seien keine Ausgaben, sondern würden langfristig zusätzliche Einnahmen und Wohlstand schaffen. Nur eine starke Wirtschaft ermögliche es, soziale Leistungen und öffentliche Infrastruktur dauerhaft zu finanzieren.
Er verweist auf die Erfolge der bayerischen Hightech-Agenda und nennt insbesondere den Ausbau der THI, neue Professuren sowie die Ansiedlung des Medizinstudiums als Beispiele erfolgreicher Kooperationen mit dem Freistaat Bayern. Fördermittel erhielten Kommunen und Hochschulen häufig erst dann, wenn sie selbst Bereitschaft zeigten, vorab zu investieren. Deshalb müsse Ingolstadt bereit sein, Risiken einzugehen und Zukunftsprojekte wie das Robotik- und Technologietransferzentrum aktiv anzustoßen.
Weiter betont er die Bedeutung der Metropolregion München, des Flughafens und der Forschungslandschaft rund um Garching. Ingolstadt müsse sich stärker als Teil dieses größeren Wirtschafts- und Wissenschaftsraumes verstehen. Abschließend versichert er, dass der Freistaat Bayern auch künftig ein verlässlicher Partner sein werde. Er fordert den

Stadtrat auf, nicht nur über wirtschaftliche Herausforderungen zu sprechen, sondern konkrete Entscheidungen zu treffen und dem Antrag zuzustimmen.

Stadträtin Praun stellt klar, dass ihre Fraktion keineswegs gegen Entscheidungen sei. Vielmehr gehe es um die Frage, welche Entscheidungen bereits heute getroffen werden sollten. Sie erklärt, ihre Fraktion halte ein Technologietransferzentrum grundsätzlich für sinnvoll, sehe jedoch nicht, dass hierfür zwingend sofort eine konkrete Fördersumme beschlossen werden müsse.
Sie verweist darauf, dass die von Dr. Lösel genannte Förderlinie nach ihrem Verständnis keine vorherige finanzielle Zusage der Stadt in exakt bezifferter Höhe verlange. Deshalb schlägt sie vor, stattdessen zunächst ein grundsätzliches Bekenntnis zur Unterstützung des Technologietransferzentrums sowie zu einem kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramm abzugeben.
Außerdem erinnert sie daran, dass das Technologiezentrum nur ein Bestandteil eines wesentlich größeren Maßnahmenpakets sei. Die Debatte habe sich ihrer Ansicht nach zu stark auf dieses Einzelprojekt konzentriert, obwohl zahlreiche weitere Handlungsfelder ebenfalls von großer Bedeutung seien. Wichtig sei nun vor allem, den weiteren Prozess in Richtung Umsetzung zu bringen und zu einer Abstimmung zu kommen.

Stadtrat Knott spricht sich ausdrücklich für das geplante KI- und Robotikzentrum aus. Er bezeichnet es als große Chance für den Standort Ingolstadt, sowohl bestehende Arbeitsplätze zu sichern als auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.
Nach seiner Ansicht dürfe die Stadt nicht abwarten, bis Fördermittel oder endgültige Zusagen anderer Partner vorlägen. Viele Förderprogramme würden gerade voraussetzen, dass ein Projekt bereits politisch unterstützt oder angeschoben worden sei. Deshalb müsse Ingolstadt selbst Initiative zeigen.
Darüber hinaus sieht er in dem Projekt ein wichtiges Signal an die Bevölkerung und an die Wirtschaft. Die Stadt dürfe nicht den Eindruck vermitteln, die Entwicklungen lediglich abzuwarten. Da bereits zahlreiche vergleichbare Zentren in anderen Regionen entstünden, bestehe ein Wettbewerb um Zukunftstechnologien. Ingolstadt dürfe nicht zum „weißen Fleck auf der Landkarte“ werden und den Anschluss verlieren.

Stadtrat Dr. Spaeth schließt sich in weiten Teilen den Ausführungen von Frau Praun an. Ihm sei vor allem wichtig, wie der Stadtrat nun konkret weiter vorgehe. Er sieht die größten Vorbehalte im Gremium bei den vorgeschlagenen Fördersummen.
Aus seiner Sicht müsse geklärt werden, ob wirklich bereits über die jährlichen Zuschüsse beziehungsweise die langfristigen finanziellen Verpflichtungen abgestimmt werden müsse oder ob zunächst eine grundsätzliche Unterstützungserklärung ausreichend sei. Die Notwendigkeit der konkreten Summe erschließe sich ihm bislang nicht vollständig.
Er regt an, falls erforderlich die Sitzung kurz zu unterbrechen, um eine gemeinsame Lösung zu finden, die einen breiten Konsens ermögliche und gleichzeitig den Fortgang des Projekts sichere.

Der Oberbürgermeister bedankt sich für den Beitrag und stellt fest, dass nach der langen Debatte eine Pause sinnvoll sei. Er weist darauf hin, dass noch einige Wortmeldungen vorlägen und diese zunächst abgearbeitet würden. Danach solle die Sitzung unterbrochen werden, damit alle Beteiligten kurz durchatmen und Gespräche führen könnten.

Stadträtin Bulling-Schröter erinnert daran, dass Wirtschaftswissenschaftler bereits seit Jahrzehnten vor der starken Abhängigkeit Ingolstadts von der Automobilindustrie gewarnt

hätten. Diese Kritik sei früher häufig zurückgewiesen worden. Heute werde die Problematik endlich ernsthaft diskutiert, wenn auch aus ihrer Sicht sehr spät.
Sie erklärt, dass sie viele Anwendungsbereiche der Robotik und des Technologietransferzentrums unterstütze. Gleichzeitig seien die Risiken nicht zu übersehen. In der Industrie könne Robotik Arbeitsplätze ersetzen, wie Entwicklungen in China bereits zeigten. Deshalb müsse sich die Gesellschaft auch mit den Folgen von Automatisierung auseinandersetzen.
Sie warnt zudem davor, Wirtschaftsförderung ausschließlich unter dem Gesichtspunkt größtmöglicher Wirtschaftsfreundlichkeit zu betrachten. Steuern und öffentliche Einnahmen seien notwendig, um soziale Einrichtungen, das Klinikum oder Stadtteiltreffs zu finanzieren. Deshalb fordert sie eine stärkere Diskussion über Nachhaltigkeit, soziale Folgen und die Frage, welche Arbeitsplätze durch die neue Strategie tatsächlich entstehen würden.

Bürgermeister De Lapuente betont, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt Voraussetzung dafür sei, soziale und kulturelle Angebote dauerhaft aufrechterhalten zu können. Deshalb müsse die Wirtschaft gestärkt werden.
Er erklärt, dass die Wirtschaftsstrategie erst am Anfang stehe und nun gemeinsam mit Unternehmen weiterentwickelt werden müsse. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer verfügten über wertvolle Erfahrungen und müssten aktiv in den Prozess eingebunden werden. Die Strategie könne nur erfolgreich sein, wenn Wirtschaft, Verwaltung und Politik gemeinsam daran arbeiteten.
Außerdem weist er darauf hin, dass mögliche Zuschüsse selbst nach einem heutigen Beschluss nicht automatisch ausbezahlt würden. Aufgrund der Haushaltssituation müssten freiwillige Leistungen weiterhin von der Regierung von Oberbayern geprüft werden. Die letztendliche Genehmigung liege somit nicht allein in der Hand des Stadtrats.

Stadtrat Hofmann sagt, dass er Frau Praun teilweise zustimme, sieht jedoch einen wesentlichen Unterschied bei der Frage der Verbindlichkeit.
Eine bloße Interessensbekundung sei aus seiner Sicht wenig wert, da sie keine tatsächliche Verpflichtung beinhalte. Zwar sei die finanzielle Zusage nicht zwingende Voraussetzung für Förderanträge, sie erhöhe jedoch die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit des Vorhabens gegenüber Fördergebern und Partnern erheblich.
Zudem weist er erneut darauf hin, dass die Mittel an Bedingungen geknüpft seien und nicht automatisch ausbezahlt würden. Deshalb plädiert er dafür, jetzt eine klare Entscheidung zu treffen und ein deutliches Signal für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt auszusenden.

Stadträtin Dr. Deneke-Stoll betont, dass die SPD-Fraktion weder Wohlstand noch wirtschaftliche Entwicklung verhindern wolle. Allerdings sei zunächst ein konkreteres Konzept erforderlich, um beurteilen zu können, ob das Vorhaben tatsächlich der richtige Weg für Ingolstadt sei.
Da zahlreiche beteiligte Unternehmen nicht nur aus Ingolstadt, sondern auch aus den umliegenden Landkreisen kämen, stellt sie die Frage, warum diese Landkreise finanziell nicht stärker eingebunden würden.
Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage spricht sie sich dafür aus, zunächst die grundsätzliche Unterstützung des Projekts zu beschließen, nicht jedoch sofort eine konkrete Fördersumme festzulegen. Dieser Ansatz entspreche auch dem Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Stadträtin Kleine greift zunächst die Ausführungen von Herrn Schäuble auf und hinterfragt die Größenordnung möglicher Investitionen. Beispiele wie Bosch oder milliardenschwere

Technologieparks seien nur bedingt auf Ingolstadt übertragbar. Viele regionale Unternehmen seien klassische mittelständische Betriebe mit deutlich geringeren finanziellen Möglichkeiten. Sie stellt deshalb die Frage, in welcher Größenordnung private Unternehmen tatsächlich Beiträge leisten könnten und ob ein städtischer Beitrag von mehreren hunderttausend Euro ausreichend sei, um ein entsprechendes Zentrum wirkungsvoll aufzubauen.
Darüber hinaus erinnert sie an frühere Strukturwandelprozesse in der Automobilindustrie, etwa beim Aufbau des Güterverkehrszentrums. Damals hätte der Freistaat erhebliche Mittel bereitgestellt. Eine ähnliche Unterstützung vermisse sie heute. Ihrer Ansicht nach müssten Land und Bund die Transformation des Automobilstandorts Ingolstadt wesentlich stärker finanziell begleiten.
Sie begrüßt ausdrücklich die konkreten Vorbereitungen der THI und die Unterstützung der Wirtschaft, fordert jedoch deutlichere finanzielle Zusagen der übergeordneten politischen Ebenen.

Bürgermeister Wöhrl erklärt, dass Unterstützung von allen Seiten notwendig sei, also von Land, Bund, Wirtschaft und Kommune. Dennoch müsse Ingolstadt selbst den ersten Schritt machen.
Er betont, dass die Stadt ihre Ernsthaftigkeit zeigen müsse. Über Formulierungen könne man lange diskutieren, entscheidend sei jedoch, dass das Technologietransferzentrum tatsächlich auf den Weg gebracht werde. Deshalb spricht er sich für ein aktives Vorgehen und einen baldigen Beschluss aus.

Sitzungspause von 12:47 – 13:30 Uhr

Herr Prof. Dr. Rosenfeld erläutert, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag bewusst eine hohe Verbindlichkeit herstellen sollte. Ziel sei es gewesen, gegenüber Fördergebern, Unternehmen und anderen Partnern deutlich zu machen, dass der Stadtrat das Technologietransferzentrum ernsthaft unterstützen wolle. In solchen Prozessen sei es wichtig, selbst konkrete Beiträge anzubieten, damit auch andere Partner mitgingen.
Gleichzeitig habe der Vorschlag bereits vorgesehen, dass die Mittel nicht automatisch ausbezahlt würden. Vielmehr sei die Auszahlung an die Vorlage eines tragfähigen Konzepts und weiterer Voraussetzungen geknüpft.
Um den unterschiedlichen Positionen im Stadtrat entgegenzukommen, schlägt er zwei Änderungen vor. Erstens solle die Formulierung von „600.000 Euro jährlich“ auf „bis zu 600.000 Euro jährlich“ geändert werden. Damit werde verdeutlicht, dass die konkrete Summe später auf Basis eines Antrags festgelegt werde.
Zweitens solle ausdrücklich festgeschrieben werden, dass die THI zunächst einen Verbundantrag mit einem detaillierten Konzept vorlegen müsse, bevor Mittel freigegeben würden. Damit werde sowohl die gewünschte Verbindlichkeit als auch die Forderung nach einer konkreten Entscheidungsgrundlage berücksichtigt.

Der Oberbürgermeister fragt die Antragsteller, ob sie sich in diesem Kompromissvorschlag wiederfinden könnten.

Stadtrat Hofmann und Stadtrat Witty signalisieren ihre Zustimmung.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass damit eine Einigung erzielt worden sei und keine gesonderten Abstimmungen über weitere Anträge mehr erforderlich seien.

Herr Huber weist darauf hin, dass Stadtrat Dr. Lösel als Geschäftsführer der AININ GmbH von möglichen Förderungen betroffen sein könnte. Aus Gründen der Befangenheit solle er deshalb bei der Antragsziffer 5 nicht mit abstimmen.

Sodann ergeht folgende Abstimmung:

Stadtrat Dr. Lösel nimmt an der Abstimmung zu Antragsziffer 5 nicht teil.

Der Antragstext der Verwaltung wird gegen 6 Stimmen mit folgenden Änderungen beschlossen:

a. Der Stadtrat stellt zur Errichtung des Technologietransferzentrums eine Förderung **bis zu** 600 T€ pro Jahr für eine fünfjährige Laufzeit in Aussicht. Die Förderung soll die Technische Hochschule, die AININ GmbH und das brigk in Kooperation mit Partnern befähigen, Unternehmen der Region bei der Beurteilung und dem Einsatz von neuen Technologien im Bereich Humanoider Robotik und Künstlicher Intelligenz zu unterstützen und eine gemeinsame Plattform für den Austausch von Anwendungswissen und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu schaffen.

c. Die Technische Hochschule Ingolstadt wird gebeten, **zur Freigabe der Mittel** einen entsprechenden Verbundantrag unter ihrer Federführung an die Stadt Ingolstadt zu stellen, der das Konzept des Technologietransferzentrums darstellt. Der Antrag soll die Abgrenzung zu bestehenden Strukturen und Initiativen beschreiben und insbesondere die Bedarfe und Beiträge der adressierten Unternehmen konkretisieren und beziffern sowie Möglichkeiten zusätzlicher öffentlicher Förderung im Kontext des Transferzentrums aufzeigen. Der Antrag soll auch messbare Ziele hinsichtlich der wirtschaftsfördernden Wirkung des Transferzentrums angeben.